**Verordnung
über den geschützten
Landschaftsbestandteil "Schützengräben"
im Gebiet der Stadt Bayreuth
Vom 16. Februar 1990**

Aufgrund von Art. 12 Abs. 1 und 3 in Verbindung mit Art. 9 Abs. 4, Art. 26 Abs. 1, Art. 37 Abs. 2 und 3 und Art. 45 Abs. 1 Nr. 4 des Bayerischen Naturschutzgesetzes - BayNatSchG - (BayRS 791-I-U), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 16. Juli 1986 (GVBl S. 135), erlässt die Stadt Bayreuth folgende, mit Schreiben der Regierung von Oberfranken vom 23. Januar 1990, Nr. 820-8632 I genehmigte Verordnung:

§ 1

Schutzgegenstand

(1) Der in der Stadt Bayreuth östlich des Ortsteiles Rodersberg gelegene Magerrasen wird als Landschaftsbestandteil geschützt.

(2)¹ Der geschützte Landschaftsbestandteil hat eine Größe von ca. 5,6 ha.

² Er umfasst die nachstehend aufgeführten Grundstücke, wobei Teilflächen mit (t) gekennzeichnet sind:

- a) in der Gemarkung Laineck die Grundstücke Fl.-Nrn. 457 (t), 457/2 (t), 459 und 460 (t),
- b) in der Gemarkung Seulbitz das Grundstück Fl.-Nr. 146 (t).

(3) Der geschützte Landschaftsbestandteil erhält die Bezeichnung "Schützengräben".

(4) Die genauen Grenzen des geschützten Landschaftsbestandteiles sind in einer Karte im Maßstab 1 : 5 000 eingetragen, die als Anlage Bestandteil dieser Verordnung ist.

§ 2

Schutzzweck

Zweck der Unterschutzstellung ist es,

- 1. den einzigen großflächigen Magerrasen im Gebiet der Stadt Bayreuth zu erhalten,
- 2. die in diesem Lebensraum vorkommende Lebensgemeinschaft mit allen ihren Tier- und Pflanzenarten zu schützen und ihre Lebensbedingungen zu sichern,

3. die für die verschiedenen Lebensgemeinschaften notwendigen Standortbedingungen zu erhalten und zu verbessern.

§ 3

Verbote

(1) Es ist verboten, im geschützten Landschaftsbestandteil ohne Genehmigung (§ 5) Maßnahmen vorzunehmen, die den geschützten Landschaftsbestandteil zerstören oder verändern bzw. zu einer Zerstörung oder Veränderung führen können.

(2) Es ist deshalb vor allem verboten:

1. bauliche Anlagen im Sinne der Bayer. Bauordnung zu errichten oder zu ändern, auch wenn hierfür keine öffentlich-rechtliche Genehmigung erforderlich ist,
2. Bodenbestandteile abzubauen, Aufschüttungen, Ablagerungen, Grabungen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder die Bodengestalt in sonstiger Weise zu verändern,
3. Straßen, Wege, Pfade oder Plätze neu anzulegen oder bestehende zu verändern,
4. oberirdisch über den Gemeingebrauch hinaus oder unterirdisch Wasser zu entnehmen, den Grundwasserstand oder den Zu- und Ablauf des Wassers zu verändern oder neue Gewässer anzulegen,
5. Leitungen zu errichten oder zu verlegen,
6. Pflanzen oder einzelne Teile von ihnen zu entnehmen, zu beschädigen, auszugraben, auszureißen oder mitzunehmen,
7. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Eier, Larven, Puppen oder sonstige Entwicklungsformen sowie Nist-, Brut-, Wohn- und Zufluchtstätten wegzunehmen, zu zerstören oder zu beschädigen,
8. die Lebensbereiche der Tiere und Pflanzen zu zerstören oder nachhaltig zu verändern, insbesondere zu düngen, jegliche Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sowie Grünland umzubrechen,
9. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen,
10. Hunde frei laufen zu lassen,
11. Wildäcker und Wildfütterungen anzulegen,
12. Baum- oder Gehölzpflanzungen sowie Aufforstungen außerhalb der in der Karte gemäß § 1 Abs. 4 als Wald gekennzeichneten Flächen vorzunehmen,
13. Sachen jeder Art im Gelände zu lagern oder das Gelände zu verunreinigen,
14. zu zelten, zelten zu lassen oder zu lagern,
15. Feuer anzumachen,

16. Bild- und Schrifttafeln anzubringen,
17. Einfriedungen aller Art zu errichten oder zu ändern,
18. außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen oder Plätze mit Kraftfahrzeugen aller Art zu fahren oder Fahrzeuge dort abzustellen, sofern dies nicht im Rahmen der nach § 4 zugelassenen Maßnahmen notwendig ist,
19. das Gelände außerhalb der öffentlichen und privaten Straßen und markierten Wege zu betreten oder mit Fahrrädern zu befahren; dies gilt nicht für den Grundeigentümer oder sonstige Berechtigte.

§ 4

Ausnahmen

Ausgenommen von den Verboten sind:

1. die rechtmäßige Ausübung der Jagd sowie Maßnahmen des Jagdschutzes; es gilt jedoch § 3 Nr. 11,
2. die extensive Beweidung mit Schafen (ohne Koppelhaltung) oder die einmal jährliche Mahd,
3. die Nutzung der vorhandenen Nadelbäume sowie die ordnungsgemäße forstwirtschaftliche Nutzung und Wiederaufforstung mit standortheimischen Holzarten innerhalb der in der Karte gem. § 1 Abs. 4 als Wald gekennzeichneten Flächen,
4. die zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des geschützten Landschaftsbestandteiles erforderlichen und von der Unteren Naturschutzbehörde angeordneten Pflegemaßnahmen,
5. das Aufstellen oder Anbringen von Zeichen oder Schildern, die auf den Schutz oder die Bedeutung des Landschaftsbestandteiles hinweisen oder von Wegemarkierungen, Warntafeln, Sperrzeichen oder sonstigen Absperrungen, wenn die Maßnahme auf Veranlassung oder mit Genehmigung der Unteren Naturschutzbehörde erfolgt,
6. unaufschiebbare Sicherungsmaßnahmen, die zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leben, Gesundheit oder bedeutende Sachwerte erforderlich sind,
7. der Betrieb, die Instandsetzung und die ordnungsgemäße Unterhaltung von Energieversorgungsanlagen.

§ 5

Genehmigungen

- (1) Eine Genehmigung nach § 3 Abs. 1 kann im Einzelfall erteilt werden, wenn

1. überwiegende Gründe des allgemeinen Wohls die Genehmigung erfordern oder
2. der Vollzug der Bestimmung zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen im Sinne des BayNatSchG vereinbar ist oder
3. die Durchführung dieser Verordnung zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen würde.

(2) ¹Die Genehmigung kann unter Auflagen, unter Bedingungen oder befristet erteilt werden. ²Wird eine Genehmigung mit Nebenbestimmungen erteilt, so kann eine angemessene Sicherheitsleistung verlangt werden.

§ 6

Zuständigkeit

Für die Erteilung der Genehmigung nach § 5 ist die Stadt Bayreuth als Kreisverwaltungsbehörde - Untere Naturschutzbehörde - zuständig.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

(1) Nach Art. 52 Abs. 1 Nr. 3 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 3 Abs. 2 dieser Verordnung ohne Genehmigung

1. bauliche Anlagen errichtet oder ändert,
2. Bodenbestandteile abbaut, Aufschüttungen, Ablagerungen, Grabungen, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder die Bodengestalt in sonstiger Weise ändert,
3. Straßen, Wege, Pfade oder Plätze neu anlegt oder bestehende verändert,
4. oberirdisch über den Gemeingebrauch hinaus oder unterirdisch Wasser entnimmt, den Grundwasserstand oder den Zu- und Ablauf des Wassers verändert oder neue Gewässer anlegt,
5. Leitungen errichtet oder verlegt,
6. Pflanzen oder einzelne Teile von ihnen entnimmt, beschädigt, ausgräbt, ausreißt oder mitnimmt,
7. wildlebenden Tieren nachstellt, sie mutwillig beunruhigt, fängt, verletzt, tötet oder ihre Eier, Larven, Puppen oder sonstige Entwicklungsformen sowie Nist-, Brut-, Wohn- und Zufluchtstätten wegnimmt, zerstört oder beschädigt.

8. die Lebensbereiche der Tiere und Pflanzen zerstört oder nachhaltig verändert, insbesondere düngt, Pflanzenschutzmittel anwendet oder Grünflächen umbricht,
9. Pflanzen einbringt und Tiere aussetzt,
10. Hunde frei laufen lässt,
11. Wildäcker oder Wildfütterungen anlegt,
12. Baum- oder Gehölzpflanzungen sowie Aufforstungen außerhalb der in der Karte gemäß § 1 Abs. 4 als Wald gekennzeichneten Flächen vornimmt,
13. Sachen jeder Art im Gelände lagert oder das Gelände verunreinigt,
14. zeltet, zelten lässt oder lagert,
15. Feuer anmacht,
16. Bild- und Schrifftafeln, die nicht ausschließlich auf den Schutz des Gebietes hinweisen, anbringt,
17. Einfriedungen aller Art errichtet oder ändert,
18. außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen oder Plätze mit Kraftfahrzeugen aller Art fährt oder Fahrzeuge abstellt.

(2) Nach Art. 52 Abs. 1 Nr. 6 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine mit der Genehmigung nach § 5 Abs. 2 dieser Verordnung verbundene Nebenbestimmung nicht erfüllt.

(3) Nach Art. 52 Abs. 2 Nr. 3 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünf- undzwanzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich dem Verbot des § 3 Abs. 2 Nr. 19 über das Betreten des Geländes oder Befahren mit Fahrrädern zuwiderhandelt. Bei Fahrlässigkeit beträgt die Geldbuße bis zu zehntausend Euro (Art. 52 Abs. 3 in Verbindung mit Abs. 2 Nr. 5 BayNatSchG).

§ 8

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Bayreuth in Kraft.

Bayreuth, den 16. Februar 1990/ 27. Februar 2002

Stadt Bayreuth

gez. Dr. Dieter Mronz
Oberbürgermeister

Veröffentlicht: Amtsblatt der Stadt Bayreuth Nr. 6 vom 9. März 1990

Veröffentlicht: Amtsblatt der Stadt Bayreuth Nr. 6 vom 22. März 2002